



NATIONALE  
STELLE  
ZUR  
VERHÜTUNG  
VON  
FOLTER

26. Juni 2017

## PRESSEMITTEILUNG

### Internationaler Tag des Folteropfers – Menschenrechtsschutz beim G20-Gipfel

**Wiesbaden** – Der 26. Juni ist der Internationale Tag für die Unterstützung von Folteropfern. Zu diesem Anlass fordert die Nationale Stelle auf, die Menschenrechte von Personen, die sich im staatlich angeordneten Freiheitsentzug befinden, in besonderem Maße zu achten. Dies gilt auch im Rahmen von Großereignissen wie beim G20-Gipfel, der Anfang Juli in Hamburg stattfinden wird.

Im Rahmen der Vorbereitungsmaßnahmen der Hamburger Polizei hatte die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter am 7. Juni 2017 bereits die Möglichkeit die Gefangenessammelstelle in Hamburg-Harburg, die für den G20-Gipfel eingerichtet wird, zu besuchen. Sie begrüßt es, rechtzeitig in die Vorbereitungen einbezogen worden zu sein. Die Unterbringung in der Gefangenessammelstelle geht einer richterlichen Entscheidung über Untersuchungshaft bzw. Ingewahrsamnahme voraus und ist daher in der Regel mit einer nur kurzen Aufenthaltsdauer verbunden. Ob die Größe der Gewahrsamszellen in der Gefangenessammelstelle unkritisch ist, wird im Einzelfall nach der Aufenthaltsdauer und der Anzahl der untergebrachten Personen zu beurteilen sein. Der Aufbau orientiert sich an dem der Gefangenessammelstelle in Garmisch-Patenkirchen zu dem G7-Gipfel 2015 in Elmau, die ebenfalls von der Nationalen Stelle besucht worden ist. Damals waren erfreulicherweise lediglich zwei Personen in Gewahrsam genommen worden.

Petra Heß, Mitglied der Länderkommission der Nationalen Stelle: „Die Sicherheitsbehörden in Hamburg betreiben seit mehreren Monaten immense Anstrengungen für die Vorbereitung. Entscheidend wird nun sein, unter den besonderen Bedingungen des G20-Gipfels in einer Großstadt in jedem Einzelfall die Menschenrechte zu wahren.“

*Die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter, bestehend aus der Bundesstelle und der Länderkommission, nahm im Mai 2009 ihre Arbeit auf, nachdem die Bundesrepublik Deutschland das Zusatzprotokoll zur UN-Antifolterkonvention ratifiziert hatte. Sie ist Deutschlands Einrichtung für die Wahrung menschenwürdiger Unterbringung und Behandlung im Freiheitsentzug und ist durch regelmäßige Besuche an Orten der Freiheitsentziehung, bundesweit etwa 13.000, präventiv tätig. Zu diesem Zweck hat sie die Behandlung der dort untergebrachten Personen zu prüfen und Empfehlungen abzugeben.*

Kontakt:

Jennifer Bartelt und Sofie Halben, Tel.: 0611-1602228-25/-35, Email: [info@nationale-stelle.de](mailto:info@nationale-stelle.de)